

H. WINKEL

Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung
in West- und Süddeutschland

QUELLEN UND FORSCHUNGEN
ZUR AGRARGESCHICHTE

Begründet von
GÜNTHER FRANZ und FRIEDRICH LÜTGE

Herausgegeben von
Professor Dr. WILHELM ABEL und Professor Dr. GÜNTHER FRANZ
Göttingen Stuttgart-Hohenheim

BAND XIX

Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland

Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren

Von

DR. HARALD WINKEL

Mainz



GUSTAV FISCHER VERLAG · STUTTGART

1968

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Mainz gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

©

Gustav Fischer Verlag Stuttgart
1968

Alle Rechte vorbehalten

Satz und Druck: Westholsteinische Verlagsdruckerei Boyens & Co., Heide/Holstein

Einband: Sigloch, Künzelsau

Printed in Germany

Geleitwort

Über die Vorgeschichte, die Ziele und die gesetzgeberischen Grundlagen der Bauernbefreiung sowie über ihre hauptsächlichlichen Konsequenzen für die ländliche Bevölkerung und die sozialökonomische Entwicklung im ganzen sind wir dank der umfangreichen einschlägigen Literatur – die FRIEDRICH LÜTGE mit seinen vielfältigen und verlässlichen Forschungsergebnissen gekrönt hat – gut unterrichtet.

Dessenungeachtet gibt es in diesem historischen Gesamtbild noch manchen weißen Fleck. Vor allem unsere Kenntnisse über die Auswirkungen der kapitalwirtschaftlichen Transaktionen bei den Ablösungsberechtigten und speziell über die Verwendung der empfangenen Mittel sind noch immer recht lückenhaft.

Dies ist nicht nur ein wirtschaftshistorisches Manko, wenn auch diese Unwissenheit vom Historiker am stärksten empfunden wird und in erster Linie ihn dazu auffordern muß, das Versäumte nachzuholen. Auch der vornehmlich Theorie und Politik treibende Nationalökonom gerät durch solche Kenntnismängel in einige Verlegenheit, wo er von herkömmlichen Stufenmodellen und Typenbegriffen Gebrauch macht und zu Pauschalurteilen verleitet wird, die der Vielgestaltigkeit des jeweiligen zeitgenössischen Datenkranzes nicht gerecht werden. Gleiches gilt für die Ausbildung und Anwendung von Struktur-, Konjunktur- und Wachstumstheorien, die wie alle Theorie in ihrem empirischen Gehalt nur an der geschichtlichen Wirklichkeit verifiziert und falsifiziert werden können. Wo es wie beim Industrialisierungsproblem theoretisch und historisch um die entscheidende Rolle der Investitionen beim Ingangkommen und damit auch für die Erklärung gesamt- oder zweigewirtschaftlicher Aufschwungs- und Wachstumsprozesse geht, können wir über Modellalternativen und Vermutungen nur hinausgelangen, wenn die konkreten Bestimmungsgründe und Quellen der Kapitalbildung sowie von hier aus die Komponenten des Kapitalangebots bekannt sind und wenn sich auch die Kapitalströme und -dispositionen nicht im dunkeln verlieren. Es ist aber leider eine Tatsache, daß wir über die kapitalwirtschaftlichen und investitionspolitischen Voraussetzungen und Begleitumstände der beginnenden Industrialisierung Deutschlands noch weithin im ungewissen geblieben sind.

Diesem Forschungsziel – dem Einfluß der Grundlastenablösung in Deutschland auf die Kapitalversorgung und -verwendung im 19. Jahrhundert nachzuspüren – ist die vorliegende Untersuchung gewidmet. Dazu bedurfte es freilich bei der gesellschaftlichen und räumlichen Spannweite des grundeigentums- und abgaberechtlichen Auseinandersetzungsgeschehens einer praktikablen Einschränkung und Abgrenzung des Themas, um so mehr als zuverlässige Aufschlüsse im wesentlichen nur aus den verstreuten und bislang fast ungenutzten Archivalien zu erwarten waren. Wie der Autor eingangs bemerkt, sind neben den Staats- und Kirchenfisci vor allem die Standesherrn und sonstige adelige Grundherren als Empfänger von Ablösungszahlungen in Erscheinung getreten. Nur mit dieser letzten Gruppe von Ablösungsberechtigten befaßt sich diese Studie, und eben diese Art der gebotenen thematischen Präzisierung hat ihre guten Gründe:

Die Gesamtheit der Ablösungsberechtigten gliedert sich in die drei Gruppen 1. der Staatsfinanzverwaltungen, 2. der Kirchen, Schulen und Stiftungen und 3. der Standes-

und Grundherren und anderer privater Ablösungsgläubiger. Was die zahlreichen größeren und kleineren Gebietskörperschaften anbelangt, so standen diese im Hinblick auf die Höhe der Ablösungskapitalien gewiß an der Spitze. Demgegenüber kamen jedoch öffentliche Investitionen in erwerbswirtschaftliche, speziell industrielle Projekte mit Rücksicht auf den liberalen Zeitgeist dieser Jahrzehnte kaum in Frage, und eine detaillierte Analyse sämtlicher Budgetreihen, Rechnungsakten und Verwaltungsprotokolle wäre einem einzelnen Autor kaum möglich. Andererseits hätte eine entsprechende Untersuchung mit Bezug auf die religiösen Bekenntnisgemeinschaften, Schulen und Stiftungen den Verfasser genötigt, den ganzen vielschichtigen und materialiter nur schwer zu durchleuchtenden Komplex der Finanzierung und der Vermögensverhältnisse der christlichen Kirchen von den Anfängen der Säkularisation bis in die Gegenwart hinein zu verfolgen. Anders bei der dritten Gruppe, deren Ausforschung an Hand überschaubarer und zugänglicher, großenteils durch Familientradition bewahrter Archivbestände am ergiebigsten erscheinen mußte. So vermag der hier unternommene Versuch – von der gewählten Umgrenzung des Themas her gesehen – nicht allein sachhistorisch und methodisch zu bestehen, sondern auch hinsichtlich des repräsentativen Aussagegehalts einer solchen Spezialuntersuchung, die zudem noch das Argument für sich in Anspruch nehmen darf, daß industrielle Direktinvestitionen am ehesten innerhalb des Verfügungsbereichs dieser Berechtigten in Betracht kommen mochten.

Das Buch nimmt im ersten Kapitel seinen Ausgang von einer generellen Studie der Kapitalversorgung der deutschen Volkswirtschaft im vorigen Jahrhundert. Gestützt auf fundierte literarische Beweishilfen und zeitgenössische Zeugnisse macht der Verfasser deutlich, daß eine industriekapitalistische Entwicklung weiteren Umfangs in Deutschland erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen hat. Er prüft alsdann die Glaubwürdigkeit der im nationalökonomischen und wirtschaftsgeschichtlichen Schrifttum oft wiederholten Behauptung verbreiteten Kapitalmangels im damaligen Deutschland, der angeblich den Entwicklungsrückstand der deutschen Industrie hinter der englischen verschuldet habe, und gelangt mit überzeugenden Tatsachenbelegen zu dem Ergebnis, daß statt des Kapitalmangels weit eher die mangelnde Investitionsbereitschaft der Kapitalbesitzer zu beklagen ist (was dann auch durch die Einzelerhebungen im dritten Kapitel bestätigt wird). Aus vielen historiographischen Quellen und Augenzeugenberichten werden die Beweggründe adeliger und bürgerlicher Kapitalbesitzer zutage gebracht, die diese häufig zögern ließen, industrielle Gründungs- und Entwicklungsprojekte zu finanzieren. Hierbei fällt auch auf die zusätzlichen Verzögerungs- und Bremseffekte der noch unzureichend ausgebildeten Kredit- und Kapitalmarktorganisation wie auch auf die restriktiven Wirkungen des geltenden Gesellschafts- und Gewerberechts – mindestens für die Zeit bis zur Jahrhundertmitte – manches bezeichnende Licht. Welche Momente dann später bei der Entfaltung privater Unternehmungs- und Investitionsbereitschaft (obzwar in den einzelnen Bevölkerungsschichten mit deutlichen, soziologisch bedingten Unterschieden) zusammengewirkt haben, wird vom Verfasser anschaulich dargetan. Auch hat er nicht versäumt, die vorrangigen Empfänger dieser zunehmenden Kapitalströme – Industrie, Handel, Eisenbahnbau usw. – voneinander abzuheben, um für die Folgezeit das schubweise und partielle Auftreten von Kapitalmangel erklären und in seine Betrachtungen einbeziehen zu können. Den Beschluß dieses Abschnitts bildet eine gründliche Analyse der hauptsächlichlichen Kapitalquellen und des zeitgenössischen Kreditapparats, die die zuvor gewonnenen Einsichten vertieft und absichert.

Den weit weniger bekannten Konsequenzen der Bauernbefreiung auf der Seite der Ablösungsberechtigten wendet sich der Autor im zweiten Kapitel zu. Dabei werden, dem Thema entsprechend, im besonderen die sozialen Verhältnisse und die wirtschaftlichen Interessen adeliger Grundherren eingehend untersucht und gewürdigt. Zwar hat es auch unter dem Adel früherer Jahrhunderte echte Unternehmerpersönlichkeiten

gegeben, die es an Erwerbssinn und Wagemut nicht fehlen ließen, doch galten für die Mehrzahl des hohen und niederen Adels die alten ständischen Bindungen und Traditionen bis zu ihrer Erschütterung durch die französische Revolution und ihre Auswirkung fort. Die mit dem preußischen Edikt vom 9. Oktober 1807 eingeleitete freiere Entwicklung hatte zunächst kaum praktische Bedeutung für die Lebensführung und Wirtschaftsgesinnung des Adels, dessen Dispositionsmöglichkeiten über Vermögenswerte fideikommißrechtlich bis in unser Jahrhundert hinein stark eingeschränkt blieben, und als einzige Erwerbsquelle war die Land- und Forstwirtschaft sanktioniert.

Dennoch kam es vor, daß der Adel dort Anschluß an die kapitalistische Entwicklung fand, wo persönliche Initiative und finanzielle Möglichkeiten zusammenwirkten und allen Widerständen zum Trotz in gewerblichen Tätigkeiten und Beteiligungen genutzt wurden. Diese höchst differenzierten gesellschaftlichen und ökonomischen Wandlungen hat der Verfasser in ihren Grundlinien und Einzelheiten treffend nachgezeichnet: die Verbürgerlichungs- und Kommerzialisierungstendenzen, den Übergang zur rationellen Landwirtschaft, die Ersetzung der Fron- durch Lohnarbeit, das Vordringen der Geldwirtschaft in den ehemals naturalwirtschaftlichen Bereich und die Auflösung der überkommenen Grundeigentumsstruktur. So kommen namentlich jene Tatsachenverhältnisse zum Vorschein, die einen allmählichen Umschwung in der Haltung des Adels und dessen zunehmende Aufgeschlossenheit für erwerbswirtschaftliche Chancen herbeiführten.

Damit wurde vom Autor der Boden bereitet für das Kernstück seines Buches im dritten Kapitel. Hier legt er die Ergebnisse umfangreicher archivalischer Quellenstudien vor, die sich sowohl auf die legislatorischen, verwaltungspraktischen und finanziellen Gesichtspunkte der Grundlastenablösung im Königreich Württemberg, im Großherzogtum Baden und im Herzogtum Hessen als auch – und hier liegt das Hauptgewicht – auf Höhe und Verwendung der Ablösungskapitalien in neunzehn Standes- und Grundherrschaften erstrecken. Im Ertrag dieser minuziösen Archivarbeit wird viel Neues über die weitreichende Vermögens- und Einkommensumschichtung im Zuge der Grundlastenablösung ans Licht gebracht. Wie immer bei solchen tiefen Eingriffen in die Eigentums- und Einkommensstruktur weiter Bevölkerungskreise hat es auch hier in großer Zahl Begünstigte und Benachteiligte, Gewinner und Verlierer gegeben, nicht nur im Verhältnis zwischen Bauernschaft und Adel, sondern auch innerhalb der fürstlichen, gräflichen und freiherrlichen Häuser selbst. Was die Adelsfamilien dann ihrerseits mit den empfangenen Ablösungskapitalien gemacht haben, offenbart sich in einer breiten Skala verschiedenster Anlageformen, die von mannigfachen öffentlichen und privaten Rentenfonds bis zu industrie-, handels- und verkehrswirtschaftlichen Direktinvestitionen und Spekulationen im In- und Ausland reichen. Auch die Wechselbeziehungen zwischen diesen Kapitaloperationen und dem Verhalten von Staat, Gemeinden und Kreditinstituten sowie den strukturellen Wandlungen des Grundstücks- und des Effektenmarktes finden gebührende Beachtung, und man erfährt die Hauptgründe, weshalb die Ablösungskapitalien nur zum geringen Teil Industrieunternehmungen zugute gekommen sind. Die wichtigste Ausnahme bildeten jene Herrschaften, die schon immer im Bergbau und in der Metallgewinnung eigene Produktionsstätten betrieben hatten. Generell aber gilt für den deutschen Adel, daß er die Erwerbchancen industrieller Kapitalverwertung in ständischer Isolierung nicht wahrzunehmen vermochte.

Dieser Forschungsbericht gibt zu seinem Teil ein Exempel dafür, wie sehr Theorie und Geschichte darauf angewiesen sind, Hand in Hand zu arbeiten. Auch und gerade dort, wo die Pflege der Wirtschafts- und Sozialgeschichte quellenkundlicher Empirie bedarf, ist es von hohem Nutzen, wenn der Historiker neben seinem eigenen Instrumentarium das Rüstzeug der ökonomischen Theorie zu handhaben weiß. Er kann dann – wie CARL BRINKMANN betont und bezeugt hat – eher die Kluft überwinden, die

sich stets erneut zwischen der Wirtschaftsgeschichte der Historiker und der National-
ökonomen öffnet, sofern diese der jeweiligen Schwesterdisziplin nur die verminderte
Verantwortung eines Nebenamtes entgegenbringen.

Mainz, im August 1968

ANTONIO MONTANER

Vorwort

Mit der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, das «weithin lückenhafte Wissen um die Rolle der Ablösungsbeträge, die im Rahmen der Bauernbefreiung angefallen sind»¹, durch eine Reihe archivalischer Studien zu ergänzen. Neben den Staatsfinanzverwaltungen und Kirchen traten vor allem die Standesherrn und sonstige adelige Grundherren als Empfänger solcher Ablösungsgelder in Erscheinung; mit dieser letzten Gruppe allein befaßt sich diese Arbeit. Von den für eine solche Untersuchung in erster Linie in Frage kommenden Archiven der Standes- und Grundherren wurden zunächst jene ausgewählt, die nach ihrem Umfang und der Bedeutung der ehemaligen Herrschaft die aussagefähigsten Ergebnisse zu liefern versprochen. Im Verlauf dieser Arbeit wurde dann das Interesse auch auf kleinere Herrschaften gelenkt oder solche, die durch besondere Verhältnisse, wie geographische Lage, Bodenschätze usw., ausgezeichnet waren und eine enge Beziehung zum industriellen Aufstieg Deutschlands in jener Zeit erwarten ließen. Wenn auch nicht alle Standes- und Grundherrschaften lückenlos erfaßt wurden – ein Vorhaben, das Zeit und Raum dieser Arbeit überfordert hätte –, so dürften doch die hier gewonnenen Ergebnisse in ihren entscheidenden Aussagen auch durch das Studium weiterer Quellen nicht mehr verändert werden. Trotz eines im Einzelfall unterschiedlichen Vorgehens der Standes- und Grundherren bei der Wiederanlage von Ablösungskapitalien lassen sich gemeinsame Verhaltensweisen erkennen, die bei jedem weiteren untersuchten Beispiel neu bestätigt wurden. So könnte die Arbeit vielleicht auch einen Beitrag zu der in jüngster Zeit mit dem Buch von HEINZ GELLWITZER über «Die Standesherrn» in den Vordergrund gerückten Sozial- und Gesellschaftsgeschichte des deutschen Adels leisten.

Ohne vielfache Hilfe aus Archiven und Bibliotheken hätte diese Untersuchung nicht abgeschlossen werden können. Mein Dank gilt zunächst den Eigentümern der benutzten Privatarhive, die mir ausnahmslos hilfreich entgegenkamen und für die Archivbenutzung und die Veröffentlichung der Ergebnisse ihre freundliche Einwilligung gaben.

Weiteren Dank schulde ich jenen vielen haupt- und nebenamtlichen Betreuern standes- und grundherrschaftlicher Archive, die mich mit viel Geduld und Mühe unterstützten. Besonders danke ich Herrn Prof. Dr. K. S. Bader für die Durchsicht des das fürstliche Haus Fürstenberg betreffenden Teils der Arbeit und den Archivaren, Frau Dr. Grünwald (Oettingen), den Herren Dr. Piendl (Regensburg), Dr. Rauh (Schloß Zeil), Schumm (Neuenstein) und Dr. Seigel (Sigmaringen) sowie den Herren Kumpf (Schlitz) und Bonnet (Schloß Schaumburg), die einzelne, ihr Archiv betreffende Abschnitte der Arbeit durchgesehen, Fundstellen überprüft und wertvolle Anregungen gegeben haben.

Schließlich gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Dr. Lütge, der die Anregung zu diesem Thema gab, und Herrn Prof. Dr. Montaner, der mir in vielen Diskussionen Berater war.

* So FRIEDRICH LÜTGE bei der Betrachtung der Investitionen des 19. Jahrhunderts, Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1966, S. 478.

Inhalt

Geleitwort	V
Vorwort	IX
I. DIE KAPITALVERSORGUNG DER DEUTSCHEN VOLKSWIRTSCHAFT IM 19. JAHRHUNDERT	1
A. Kapitalmangel und Industrialisierung	11
B. Die Kapitalquellen	14
1. Das Sparkapital	15
2. Die Banken als Kapitalsammelbecken	17
3. Das Handelskapital	18
4. Die Selbstfinanzierung	20
5. Die Ablösungskapitalien	24
II. DIE GRUNDLASTENABLÖSUNG UND DER DEUTSCHE ADEL	26
A. Die Berechtigten	26
B. Die wirtschaftlichen Interessen adeliger Grundherren	27
III. HÖHE UND VERWENDUNG DER ABLÖSUNGSKAPITALIEN	38
A. Vorbemerkungen	38
B. Übersicht der Ablösung in drei deutschen Staaten	41
1. Die Ablösung im Königreich Württemberg	41
2. Die Ablösung im Großherzogtum Baden	48
3. Die Ablösung im Herzogtum Nassau	55
C. Höhe und Verwendung von Ablösungskapitalien einzelner Standes- und Grundherrschaften	62
1. Das fürstliche Haus Thurn und Taxis	62
2. Das fürstliche Haus Hohenlohe	69
3. Das fürstliche und gräfliche Haus Fugger	78
4. Das fürstliche Haus Fürstenberg	87
5. Das fürstliche Haus Hohenzollern-Sigmaringen	93
6. Das fürstliche Haus Oettingen-Wallerstein	99
7. Das fürstliche Haus Oettingen-Spielberg	109
8. Das fürstliche Haus Löwenstein-Wertheim-Rosenberg	112
9. Das fürstliche Haus Castell	115
10. Das fürstliche Haus Waldburg-Zeil	118
11. Das fürstliche Haus Leiningen	121
12. Das gräfliche Haus Schlitz, gen. von Görtz	125
13. Das fürstliche Haus Solms-Braunfels	131
14. Die Standesherrschaft Schaumburg-Holzappel	135
15. Das gräfliche Haus Ingelheim	137
16. Das freiherrliche Haus von Gemmingen	138
17. Das gräfliche Haus Neipperg	140
18. Das freiherrliche Haus von Berlichingen	142
19. Die fürstlichen Häuser Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Wied-Neuwied, Ysen- burg-Büdingen und andere kleinere Herrschaften	144
IV. ERGEBNIS DER UNTERSUCHUNG	150
Umrechnungstabelle	162
Quellenverzeichnis	162
Literaturverzeichnis	165
Orts- und Namensregister	174

I. Die Kapitalversorgung der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert

A. Kapitalmangel und Industrialisierung

Die Zusammenhänge zwischen der Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft und dem Stand sowie der weiteren Entwicklung der Industrialisierung sind gerade in Verbindung mit den Aufgaben, die in Entwicklungsländern zu lösen sind, während der letzten Jahre wiederholt Gegenstand ausführlicher Diskussionen gewesen. Dabei wird immer wieder auf Beispiele aus jener Zeit verwiesen, in der auch die heutigen Industrieländer Europas noch echte Entwicklungsländer waren. Es fehlt nicht an Versuchen, die Auswirkungen einer mehr oder minder umfangreichen Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft am Grad des jeweils erreichten technisch-industriellen Fortschrittes zu messen, um auf diese Weise die Ursachen für das Zurückbleiben einzelner Länder hinter der Entwicklung ihrer Nachbarn zu erforschen.

Der «Sprung nach vorne», der Ansatz eines Industrialisierungsprozesses, beginnt ja nicht etwa mit bestimmten großen Erfindungen gleichzeitig in einem weltweiten Ausmaß. ROSTOW setzt diesen «take-off» für Deutschland für das Jahr 1850 an und sieht den besonderen Anstoß dazu in der Revolution von 1848 gegeben¹. In ähnlicher Weise bezeichnet LANDES die Jahre nach 1848 als «Germany's industrial coming-of-age»².

Andere Autoren wollen den Beginn eines Industrialisierungsprozesses in Deutschland bereits am Ende der napoleonischen Ära 1815 erkennen³. HENDERSON geht sogar bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurück, was sicher nur für bestimmte Gebiete Deutschlands, wie den rheinisch-westfälischen Raum und Sachsen, zutrifft⁴. ROSTOW kommt der Wirklichkeit wohl am nächsten: Der Ausbau der Verkehrswege, die Umgestaltung bestehender und der Aufbau neuer Industriebetriebe, nicht zuletzt auf Grund der durch den deutschen Zollverein geschaffenen weiträumigen Absatzgebiete, sowie die Übernahme englischer Produktionskenntnisse und ihre Erweiterung durch eigene Verbesserungen fallen erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts wirtschaftlich ins Gewicht⁵.

LAMPRECHT sieht das Jahr 1840 als Schwelle des Zeitalters einer modernen Wirt-

¹ ROSTOW, WALT W., *Stadien wirtschaftlichen Wachstums*, Göttingen 1960, S. 55 ff.

² LANDES, DAVID S., *Entrepreneurship in advanced industrial countries: The Anglo-German rivalry*, in: *Entrepreneurship and Economic Growth*, Cambridge (Mass.) 1954, S. 4.

³ Vgl. HOFFMANN, WALTER, *Stadien und Typen der Industrialisierung; ein Beitrag zur quantitativen Analyse historischer Wirtschaftsprozesse (Probleme der Weltwirtschaft, Bd. 54)*, Jena 1931; FISCHER, WOLFRAM, *Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Deutschland am Beginn der Industrialisierung*, in: *Kyklos*, vol. XIV, 1961, S. 342 und die dort angeführte weitere Literatur.

⁴ HENDERSON, W. O., *The Genesis of the Industrial Revolution in France and Germany in the 18th century*, in: *Kyklos*, vol. IX, 1956, S. 190 ff.

⁵ Vgl. dazu auch GEHR, MARTIN, *Das Verhältnis zwischen Banken und Industrie in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Bankenkrise von 1931*, unter besonderer Berücksichtigung des industriellen Großkredits, staatswiss. Diss., Tübingen 1959, S. 1.

schaftsentwicklung in Deutschland an; auch die von ihm angeführten Gründe dürften die These ROSTOWS bestätigen⁶. Auf jeden Fall hat eine industrielle, kapitalistische Entwicklung in weitem Umfang in Deutschland erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen.

Einzelne Länder scheinen für eine relativ früh und rasch einsetzende industrielle Entwicklung geradezu prädestiniert, andere wieder lassen erste sehr zögernde Ansätze erst Jahrzehnte später erkennen. Als typische Beispiele einer zeitlich nicht parallel verlaufenden Entwicklung werden hier immer wieder England und Deutschland während des 19. Jahrhunderts angeführt. Bei einer Betrachtung dieser Zeit läßt sich, auch ohne genauere Nachprüfung des statistischen Materials, bald feststellen, daß die Entwicklung Deutschlands keineswegs mit dem wirtschaftlichen Aufstieg, insbesondere dem wachsenden Industrialisierungsprozeß Englands seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, Schritt gehalten hat⁷. «One is struck by the late and slow development of Germany in the first half of 19th from agrarianism to industrialism, and from feudalism to democracy»⁸. Gegenüber England waren die damaligen deutschen Staaten wirtschaftlich rückständige Länder. Sicher trifft diese Feststellung nicht generell für alle Bereiche des Wirtschaftslebens zu. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. sächsische Textilgewebe schon im 18. Jahrhundert erfolgreich nach Amerika exportiert werden konnten und im rheinisch-westfälischen Gebiet sowie in Oberschlesien Ansätze einer industriellen Fertigung schon vor 1800 zu erkennen sind⁹.

Für 1785/86 wird der schlesische Leinenexport auf jährlich 4 Mio. Taler veranschlagt, für 1796 bereits auf 6,2 Mio. Taler¹⁰. Die Rückständigkeit gilt jedoch in besonderem Maße für den Übergang von der handwerklichen zur industriellen Fertigung. Deutschland war bis weit in das 19. Jahrhundert hinein überwiegend Agrarstaat¹¹, der zwar über einen vergleichsweise gut ausgebildeten Handel und ein zum Teil örtlich konzentriertes hervorragendes Handwerk verfügte, dessen Industrie aber nur sehr geringe Bedeutung hatte.

Seit vielen Jahren wird für die gegenüber England aber auch Belgien und Frankreich so verspätet einsetzende industrielle Entwicklung Deutschlands als «herrschende Lehre» die Ansicht vertreten, in Deutschland habe es an dem notwendigen Kapital

⁶ LAMPRECHT, KARL, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, Bd. I, Berlin 1912, S. 239 ff.

⁷ Vgl. LANDES, DAVID, a. a. O., S. 6.

⁸ KOHN-BRAMSTEDT, ERNST, Aristocracy and the middle-classes in Germany, London 1937, S. 44.

⁹ So schildert BARKHAUSEN den «großen Aufschwung der rheinischen Industrie im 18. Jahrhundert»; BARKHAUSEN, MAX, Der Aufstieg der rheinischen Industrie im 18. Jahrhundert und die Entstehung eines industriellen Großbürgertums, in: Rheinische Vierteljahresblätter, 19. Jahrg., 1954, S. 166.

Ferner: KÖNIG, ALBIN, Die sächsische Baumwollindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts und während der Kontinentalsperre, Leipzig 1899; FORBERGER, RUDOLF, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1958; KNOCHENHAUER, BRUNO, Die oberschlesische Montanindustrie, in: Die deutsche Wirtschaft und ihre Führer, Bd. 9, Gotha 1927.

¹⁰ MEITZEN, AUGUST, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates nach dem Gebietsumfang von 1866, Bd. 2, Berlin 1869, S. 407 ff.

¹¹ 1816 lebten in Deutschland (in den geographischen Grenzen von 1817) 24,8 Mio. Einwohner, davon 19 Mio. (= 76%) auf dem Lande; CUNOW, HEINRICH, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4, Berlin 1931, S. 21.

Zum Begriff Agrarstaat-Industriestaat vgl. ARNDT, PAUL, Wirtschaftliche Folgen der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat, Berlin 1899, S. 7.

gefehlt, um einen vergleichsweise großen und raschen Industrialisierungsprozeß frühzeitig einzuleiten¹².

Bevor diese These des Kapitalmangels untersucht werden kann, ist es erforderlich, den mit so vielen irreführenden Vorstellungen behafteten Begriff Kapital zu erläutern und abzugrenzen. Nicht zuletzt liegt allein schon in der mehrdeutigen Verwendung dieses Begriffes der Grund für manche Mißverständnisse in der hier zu untersuchenden Frage¹³. Unter Kapital soll im folgenden Geldkapital verstanden werden, d. h. Finanzmittel, die frei verfügbar vom Besitzer jederzeit investiert werden können, soweit ihm eine Anlage nur sicher und rentabel genug erscheint. Ob dieses Kapital aus geprägten Edelmetallen, Wechseln, Bankeinlagen oder anderen kurzfristig liquidisierbaren Ansprüchen besteht, sei für die Untersuchung ohne Belang. Nicht umfassen soll dagegen der verwendete Kapitalbegriff das Sachvermögen, wie Maschinen und Ausrüstungen, Grundstücke und Gebäude, Warenvorräte und Viehbestand. Damit soll erreicht werden, daß von Kapital nur dort gesprochen wird, wo es sich um Finanzmittel handelt, die sofort oder kurzfristig für Investitionen zur Verfügung gestellt werden können. In ähnlichem Sinne hat schon SCHUMPETER das Kapital als jene Summe von Geld und anderen Zahlungsmitteln bezeichnet, «welche zur Überlassung an Unternehmer zu jedem Zeitpunkt verfügbar ist»¹⁴. Ähnlich definiert PREISER Kapital als Finanzmittel, die für Investitionen zur Verfügung stehen¹⁵. Die Einteilung in Industrie- oder Anlagekapital, Handelskapital etc. soll lediglich als Hinweis auf die Quellen oder den Einsatzort des Kapitals verstanden werden. Lassen wir Zeitgenossen zu Wort kommen, können wir nicht immer erkennen, welcher Kapitalbegriff ihren Äußerungen zugrunde liegt. In der Mehrzahl solcher Angaben dürfte jedoch Kapital als investitionsbereite Geldmittel und Kapitalmangel als Mangel an investierbaren Fonds, nicht als Mangel an Sachkapital, verstanden werden. Dies gilt sicher, wenn GRASSMANN¹⁶ einen Ausspruch König Ludwigs I. von Bayern zitiert: «... und an Kapitalien hat Bayern keinen Mangel» – eine Feststellung, die angesichts der Tatsache, daß das Augsburger Bankhaus SCHAEZLER in 12 Tagen im Wege der Subskription ein Kapital von 1,2 Mio. Gulden aufbringen konnte, sicher auf investitionsberechtigtes Geldkapital zutrifft¹⁷.

Geht man der Klage über den Kapitalmangel im Zusammenhang mit dem beginnenden Industrialisierungsprozeß nach, so zeigt sich, daß statt des Kapitalmangels weit eher die mangelnde Investitionsbereitschaft der möglichen Kreditnehmer als auch der Kapitalbesitzer zu beklagen ist. Wenn RITTER¹⁸ feststellt: «Im privaten Sektor war der Kapitalmangel ebenfalls erheblich», so muß er doch zugeben, daß sich dieser Mangel vor allem an risikofreudigem Kapital zeigte. «Die Anlage in Industriebetrieben galt als zu gewagt. Die Kapitalgeber bevorzugten Landwirtschaft, Handel und

¹² BORCHARDT, KNUT, Zur Frage des Kapitalmangels in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland, in: Jahrb. f. Nat. u. Stat., Bd. 173, 1961, S. 401 ff.

¹³ Ebenda. Zum Streit über den Kapitalbegriff vgl. VON BÖHM-BAWERK, EUGEN, Kapital und Kapitalzins, 2. Abt., Positive Theorie des Kapitals, I. Halbband, 3. A., Innsbruck 1909, S. 23 ff.

¹⁴ SCHUMPETER, JOSEPH, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig 1912, S. 236.

¹⁵ PREISER, ERICH, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Gesammelte Aufsätze, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 103.

¹⁶ GRASSMANN, JOSEF, Die Entwicklung der Augsburger Industrie im 19. Jahrhundert, Augsburg 1894, S. 24.

¹⁷ derselbe, S. 21.

¹⁸ RITTER, ULRICH PETER, Die Rolle des Staates in den Frühstadien der Industrialisierung, Berlin 1961, S. 116.

Staatsanleihen.»¹⁹ BORCHARDT²⁰ gibt uns das Urteil des bayrischen Abgeordneten SCHAEZLER aus dem Jahre 1819 wieder, in dem es heißt: «Ob auch Fabriken durch die Bank mit großen Geldvorschüssen unterstützt werden dürfen und sollen, ist eine Frage, die noch große Erörterung erheischt. Fabriken sind mehr als ein anderes Handlungsgeschäft, selbst im Augenblick des am günstigsten scheinenden Zeitpunktes, großen möglichen Gefahren ausgesetzt, und Realitäten einer ins Stocken geratenen Fabrik, hätten solche auch noch so viel gekostet, fast nichts mehr werth.» Auch eine Feststellung bei GEHR²¹ zeigt, daß SCHAEZLER mit seiner Auffassung in Bankkreisen nicht allein stand: «Die Übernahme von Staatsanleihen erschien den Privatbankiers als die sicherste und rentabelste Kapitalanlage. Der Industrie gegenüber verhielt sich ein Großteil der Privatbankiers aus Mangel an Wagemut zurückhaltend und ergriff keine Initiative zur finanziellen Unterstützung des industriellen Aufschwungs». ISAAC berichtet im Hinblick auf das Anleihegeschäft der Banken mit den Landesfürsten und ihrer Zurückhaltung gegenüber jeder Gründungstätigkeit im industriellen Bereich: «In Frankfurt, der kapitalkräftigsten Stadt Deutschlands, sagte man damals: «Die Frankfurter Bankiers huldigen mehr oder minder sämtlich der vortrefflichen Ansicht, daß nur der Kredit verdient, der reich genug ist, keinen in Anspruch zu nehmen.»»²² Frankfurt erwies sich hier besonders konservativ, während das Kölner Bankiergewerbe sich sehr viel früher und entschlossener der Industriefinanzierung widmete²³. Viele Unternehmer des Ruhrgebietes verdanken dem Kölner Bankiergewerbe ihren Aufstieg, in der bergischen Eisen- und rheinischen Textilindustrie war Kapital Kölner Bankhäuser angelegt und das Haus Schaaffhausen geriet durch zu große Industriekreditgewährung gar in eine Finanzkrisis²⁴. Die Frankfurter Bankwelt dagegen blieb ihrer alten Domäne staatlicher Anleihe- und Börsengeschäfte treu, sie kümmerte sich wenig um die Industriefinanzierung, und ebenso wenig riet sie ihren kapitalkräftigen Kunden zu solchen Anlagen. Selbst ausländische Unternehmungen genossen bei Bankiers und Kapitalbesitzern mehr Vertrauen als die heimische Industrie. So berichtet MATCHOSS²⁵, daß für den mexikanischen Bergwerksverein²⁶ und die Rheinisch-Westindische Kompagnie²⁷ im Rheinland und in Westfalen sehr viel leichter Geld zu bekommen war als für die Entwicklung der heimischen Bergbau- und Hüttenindustrie²⁸. Wie schlecht müssen die Chancen der jungen deutschen Industrie be-

¹⁹ RITTER, ULRICH PETER, a. a. O., S. 116. In gleichem Sinne auch das dort angeführte Zitat von CHRISTIAN VON ROTHER.

²⁰ BORCHARDT, KNUT, a. a. O., S. 410.

²¹ GEHR, MARTIN, a. a. O., S. 4. Über die Abneigung, sich an industriellen Unternehmungen zu beteiligen, berichtet auch: RIESSER, Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen, Jena 1905, S. 3.

²² ISAAC, ALFRED, Der Wandel in der Finanzierung der Unternehmung, in: Gestaltwandel der Unternehmung, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 4, Berlin 1954, S. 228.

²³ Vgl. KRÜGER, ALFRED, Das Kölner Bankiergewerbe vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1875, Essen 1925, S. 16 und insbesondere S. 22 ff.

²⁴ EBENDA. Ferner ZORN, WOLFGANG, Die Struktur der rheinischen Wirtschaft in der Neuzeit, in: Rheinische Vierteljahresblätter, 28. Jahrg., 1963, S. 47.

²⁵ MATCHOSS, CONRAD, Preußens Gewerbeförderung und ihre großen Männer, Berlin 1921, S. 69.

²⁶ Vgl. SCHELL, OTTO, Die wirtschaftlichen Beziehungen des Wuppertals zu Mexiko in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Monatsschrift des Bergischen Geschichtsvereins, 21. Jahrgang, Elberfeld 1914, S. 121.

²⁷ Vgl. BECKMANN, AUGUST, Die Rheinisch-Westindische Kompagnie; ihr Wirken und ihre Bedeutung, phil. Diss., Münster/W. 1915.

²⁸ Vgl. dazu auch die Darstellung bei BERGER, LOUIS, Der alte Harkort, 4. Aufl., Leipzig 1902, S. 173 ff.

urteilt worden sein, wenn Entwicklungsprojekte im fernen Amerika eher förderungswürdig erschienen!

Die Gründe für die Zurückhaltung der Kapitalbesitzer bei der Investition in industriellen Unternehmungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts²⁹ sind vielschichtig, aber doch auch verständlich. Einmal waren der Aufbau und die Unterhaltung komplizierter technischer Anlagen nur wenigen Fachleuten vertraut, und man hatte mit mancherlei Rückschlägen und wirtschaftlichen Einbußen zu rechnen³⁰. Die wichtigsten technischen Grundlagen für eine Industrialisierung – die Dampfmaschine, der mechanische Webstuhl, das Puddelverfahren und vieles andere mehr – waren englische Erfindungen und konnten nur mit englischer Hilfe übernommen und nachgebaut werden. In schlechter Erinnerung dürften auch die Zusammenbrüche vieler Unternehmen gewesen sein, die – unter dem Schutz der Kontinentalsperre groß geworden – nach 1815 der englischen Konkurrenz unterlagen. Allenfalls konnte eine industrielle Tätigkeit dort, wo sie mit einem regen Warenverkehr und Handel unmittelbar im Zusammenhang stand, zur Kapitalanlage reizen. Im Handel waren bisher die großen Vermögen verdient worden, diese Tätigkeit war weder neu noch schien sie auf Grund alter Traditionen und Verbindungen allzu risikoreich. Vielleicht ist auf diese Einstellung der Kapitalbesitzer auch zurückzuführen, daß das den Handel so erleichternde neue Verkehrsmittel der Eisenbahn bei allen Kapitalgebern größtes Wohlwollen fand. Hinzu kommt weiter, daß der neue industrielle Unternehmer zwischen dem «königlichen Kaufmann» und dem geachteten alten Zunfthandwerker sich erst seine gesellschaftliche Stellung erringen mußte. Wie weit waren doch die Vorstellungen der kleinbürgerlichen Welt eines GOTTLOB NATHUSIUS (1760–1835) oder PETER EBERHARD MÜLLENSIEFEN (1766–1844) vom beginnenden Industriezeitalter, wie es England bereits kannte, entfernt³¹.

Der gesellschaftliche Standort hat ebenso wie die politische Umwelt, die Rechtsordnung und ähnliche Daten einen so erheblichen Einfluß, daß eine Vernachlässigung dieser Faktoren zugunsten rein ökonomischer Tatbestände niemals zu einer befriedigenden Erklärung des hier zu untersuchenden Verhaltens der Kapitalbesitzer führen kann. Standesbewußtsein und Familientradition stehen oft im Hintergrund der wirtschaftlichen Entscheidungen; sie schließen ein rationelles Verhalten zwar nicht aus, engen aber den Raum, in dem solches wirksam wird, ein. Motive aus politischen, familiären und anderen soziologischen Bereichen bestimmen weit stärker als heute die Entscheidungen der Kapitalbesitzer.

Auch ist zu bedenken, daß bis weit in das 19. Jahrhundert hinein noch merkantilistische Vorstellungen dem Staat die Sorge für die industrielle Entwicklung überlassen wollten, gerade auch weil der Staat in fast allen deutschen Ländern immer wieder in die Gründung und Leitung industrieller Unternehmen eingriff³². Bisher war ja er

²⁹ Nach NITZSCHE dauerte diese Zurückhaltung noch länger: «Vor den 60er Jahren hatte der Großkapitalismus in Deutschland seinen Sitz wesentlich im Großhandel, Verkehrswesen und Bankwesen gehabt; seit dem und besonders seit 1870 hatte er in schnellem Siegeslauf auch die eigentliche Produktionssphäre erobert.» NITZSCHE, MAX, Die handelspolitische Reaktion in Deutschland, Stuttgart – Berlin 1905, S. 46.

³⁰ Vgl. dazu die Zahlen- und Literaturangaben bei BORCHARDT, KNUT, a. a. O., S. 410.

³¹ VON NATHUSIUS, ELSBETH, JOHANN GOTTLOB NATHUSIUS, Ein Pionier deutscher Industrie, 2. Aufl., Stuttgart – Berlin 1915; MÜLLENSIEFEN, PETER EBERHARD, Ein deutsches Bürgerleben vor 100 Jahren, Berlin 1931.

³² KLUITMANN schildert anschaulich, wie die Unternehmer «bisher gegängelt von der Obrigkeit», nach der Jahrhundertmitte vom «Geist des Fortschritts» ergriffen wurden; KLUITMANN, LEO, Der gewerbliche Geld- und Kapitalverkehr im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert, Bonn 1931, S. 39. Für die anhaltende Staatstätigkeit im wirtschaftlichen Bereich vgl.

allein in seinen Manufakturen und unmittelbar landesherrlichen Betrieben in großem Rahmen industriell tätig gewesen. Größere Anlagen des Hüttenwesens, die sich schon seit dem Mittelalter entwickelt hatten, waren Staatsbetriebe oder doch weitgehend von staatlicher Förderung und von Privilegien abhängig. Daß an die Stelle des Staates freie Unternehmer treten sollten, daß die Zeit direkter Staatsinterventionen ihrem Ende zugeing, daß – wiederum von England ausgehend – eine neue Wirtschaftslehre den neuen Produktionsbedingungen, dem Industriezeitalter, zum Durchbruch verhelfen sollte, konnte nicht über Nacht jahrhundertalte Traditionen und Vorurteile beseitigen³³.

BROCKHAGE sieht denn auch die Ursache der gegenüber England so viel langsameren industriellen Entwicklung Deutschlands im Mangel an «tüchtigen, kenntnisreichen, schwingkräftigen Unternehmern»³⁴, die das Kapital dem wirtschaftlichen Fortschritt hätten dienstbar machen können. Größere und schnellere Erfolge wären erzielt worden, wenn «der richtige Geist die kapitalkräftigen Elemente beseelt, die Nation der erforderliche geistige Schwung erfaßt hätte. Hier ist der springende Punkt. Die Neigungen und Anschauungen der Zeit standen dem wirtschaftlichen, materiellen Aufschwung entgegen, für den sonst Preußen-Deutschland mit seinen billigen Lebensbedingungen, seinem Reichtum an manchen natürlichen Hilfsmitteln, in mehr als einer Beziehung ebenso günstige, wenn nicht günstigere Voraussetzungen bot als England.»³⁵

Wenn schon nicht die Kapitalbesitzer jene Unternehmereigenschaft hatten, wäre es dann nicht wenigstens möglich gewesen, daß sie andere aufstrebende Unternehmer – die ja, wie zahlreiche Firmengeschichten beweisen, vorhanden waren – finanziell förderten? Dem standen dann wieder jene Gründe entgegen, wie sie schon oben beschrieben wurden: das unbekannte Risiko des Industriebetriebs, jener «new english type of industry»³⁶, dem zunächst mit großem Mißtrauen begegnet wurde. «Wenn dem Kapitalbesitzer das Zeug zu eigener Unternehmertätigkeit fehlte, so hütete er sich vielfach, oder meistens auch, jenen (den Unternehmern) sein Kapital leihweise zu überlassen.»³⁷ Für das Verhalten vieler Kapitalbesitzer gilt LANDES' Feststellung: «a good share of the nation's capital (was) in the hands of people hostile to or, at best, suspicious of industrial investments»³⁸.

Aber noch ein weiterer Punkt ist zu berücksichtigen. Selbst wenn genügend Kapital angeboten wurde, war damit noch nicht die Gewißheit verbunden, daß dieses Kapital auch für die Förderung der Industrie in Anspruch genommen wurde. BORCHARDT³⁹ weist darauf hin, wie sehr die Einstellung zum «Verschuldensproblem» die Nutzung eines großen Kreditangebotes behinderte, wie es als ungewöhnlich, ja fast unmoralisch

auch MOTTEK, HANS, Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: MOTTEK – BLUMBERG – WUTZMER – BECKER, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (Ost) 1960, S. 11 ff., hier S. 35; ebenso BLUMBERG, HORST, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Leinenindustrie 1834 bis 1870, ebendort, S. 106 ff., ferner auch FISCHER, WOLFRAM, Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800–1850, 1. Bd., Berlin 1962.

³³ Über die langsam wachsende Erkenntnis der Bedeutung der Wirtschaft vgl. besonders HILDEBRAND, CHRISTIAN, Der Einbruch des Wirtschaftsgeistes in das deutsche Nationalbewußtsein zwischen 1815 und 1871, phil. Diss., Heidelberg 1936.

³⁴ BROCKHAGE, BERNHARD, Zur Entwicklung des preußisch-deutschen Kapitaleports (1. Teil, Der Berliner Markt für ausländische Staatspapiere 1816 bis um 1840), Leipzig 1910, S. 188.

³⁵ Derselbe, S. 189.

³⁶ CLAPHAM, J. H., The Economic Development of France and Germany 1815–1914, 2. Aufl., Cambridge 1923, S. 87.

³⁷ BROCKHAGE, BERNHARD, a. a. O., S. 190.

³⁸ LANDES, DAVID, a. a. O., S. 11.

³⁹ BORCHARD, KNUT, a. a. O., S. 411.

galt, sich zu verschulden, und welche gesellschaftliche Ächtung den zahlungsunfähigen Schuldner traf. Jahrzehnte sollten vergehen, bis Kreditgeschäfte das Odium des Unreellen, Verdächtigen verloren. Noch 1856 erschrak man «über die gesellschaftlichen und staatlichen Nachteile, den besorgniserregenden Sittenerfall, der durch die Kreditgeschäfte der Banken und die Aktienemissionen großer Gesellschaften gefördert wird»⁴⁰; noch länger sollte es dauern, bis auch der verpönte Spekulationshandel als volkswirtschaftlich positive Leistung erschien und versuchen konnte, sich moralisch zu rehabilitieren⁴¹. Die Furcht vor einer Kreditaufnahme erwuchs nicht zuletzt auch aus den äußerst unsicheren Absatzbedingungen, die erst nach der Vervollkommnung des Eisenbahn- und Verkehrsnetzes und der Grenzöffnung durch den deutschen Zollverein eine Besserung erfuhren. Mit wievielen Rückschlägen die aufstrebende Industrie zu kämpfen hatte, zeigen die von BORCHARDT⁴² zusammengestellten Zahlenangaben, aus denen die großen Produktionsschwankungen, die vor jeder größeren Anlageausstattung zurückschrecken ließen, hervorgehen. Gut und sicher wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allein durch die Kapitalanlage in Staatspapieren verdient⁴³. Schon in der großen Agrarkrise der 20er Jahre wird geklagt, die «bequeme und sichere Anlage der Kapitalien in Staatspapieren» führe dazu, daß auch aus der Landwirtschaft Kapital herausgezogen und die Krise dadurch noch verschärft werde⁴⁴. «Vorsichtige Privatkapitalisten wußten nichts besseres zu tun, als ihre Ersparnisse in staatlichen Fonds anzulegen, konnte man doch 6% Zinsen bei dem damaligen Stand mancher Werte verdienen und hatte noch die Aussicht auf einen erheblichen Kursgewinn.» Mit diesen Worten beurteilt SARTORIUS VON WALTERSHAUSEN⁴⁵ die Jahre von 1820 bis 1830; jedoch stand das Staatsanleihegeschäft überhaupt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitaus im Vordergrund⁴⁶. Langfristig disponierende, auf eine sichere Anlage bedachte Kapitalbesitzer fanden hier ebenso ein weites Tätigkeitsfeld wie Spekulanten und «Zufallskapitalisten» aller Bevölkerungskreise, die hofften, schnell und leicht ihr Kapital zu vermehren⁴⁷.

War auch die mangelnde Anlagebereitschaft der Kapitalgeber im Bereich der Industrie zu beklagen, so standen doch reichlich Mittel zum Ankauf von Staatsschuldpapieren des In- und Auslandes bereit⁴⁸. Eine Betrachtung der zahlreichen am deutschen Markt abgesetzten Neuemissionen verschiedenster Staaten und Fürstenhäuser wird bereits die herrschende Lehre vom Kapitalmangel ins Wanken bringen. Die mit

⁴⁰ Ohne Verfasser, Die Aktiengesellschaften, volkswirtschaftlich und politisch betrachtet, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 4. Heft, 1856, S. 49 ff.

⁴¹ MICHAELIS, OTTO, Die wirtschaftliche Rolle des Spekulationshandels, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, 2. Jahrg., 1864, S. 130 ff. Ferner LEISKOW, HANNS, Spekulation und öffentliche Meinung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Jena 1930.

⁴² BORCHARDT, KNUT, a. a. O., S. 410, Fußnote 32.

⁴³ Derselbe, S. 412.

⁴⁴ LIEBAUG, HANS, Die Ursachen der Agrarkrisis der zwanziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts im Urteil der Zeitgenossen, phil. Diss., Gießen 1924, S. 50.

⁴⁵ SARTORIUS VON WALTERSHAUSEN, AUGUST, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914, 2. Aufl., Jena 1923, S. 55.

⁴⁶ GEHR, MARTIN, a. a. O., S. 4.

⁴⁷ Zur Charakterisierung dieser Zeit vgl. u. a. die Schriften von SCHERPH, G. A., Über den Handel mit Staatspapieren und das Börsenspiel, Augsburg 1831; THÖL, HEINRICH, Der Verkehr mit Staatspapieren aus dem Gesichtspunkte der kaufmännischen Spekulation, Göttingen 1835; PONS, E. P., Ist es vorteilhaft, sein Geld in Aktien anzulegen? Berlin 1836 und WAHRMUND, SINCERUS, Die Schwindelei, Kniffologie und Spekulationswut unserer Zeit, Quedlinburg 1838.

⁴⁸ «Für sie alle (die Kapitalbesitzer) war aber die Vermögensanlage in Wertpapieren bzw. der Handel, die Spekulation in denselben das Gegebene. Hierin fand man gute, ja reichliche Verzinsung. Kursgewinne winkten. Man sah, wie andere durch Wertpapiergeschäfte sich be-